

Luftfahrt

Lufthansa trickst bei Eurowings

Heimlicher Hauptgesellschafter ist eine österreichische Stiftung.



Die Lufthansa hält an ihrem neuen Billigableger Eurowings formal nur eine Minderheit. Das geht aus den Ausschreibungsunterlagen für Flugbegleiter der neu gegründeten Firma hervor. In der Branche war bislang angenommen worden, dass die österreichische Tochter, mit der Konzernchef Carsten Spohr Wettbewerbern wie Ryanair oder Easyjet Paroli bieten will, sich komplett im Besitz der Lufthansa befinde. Doch das ist aus juristischen Gründen offenbar nicht möglich, weil Eurowings sonst Flugrechte in Ländern wie Russland oder Indien verlieren könnte. Um dieses Risiko zu minimieren, nutzt die Führungsmannschaft um Spohr ein Geflecht von Gesellschaften, das zumindest nach außen hin den Eindruck erwecken soll, Eurowings wäre ein überwiegend von Österreichern beherrschtes Unternehmen. Eigentümer der Eurowings-Betreiberfirma EWAT ist eine Holdinggesellschaft, die knapp zur

Hälfte einer österreichischen Beteiligungsfirma der Lufthansa gehört. Die restlichen 50,2 Prozent hält die Österreichische Luftverkehrs-Privatstiftung (ÖLP). Sie wurde 2009 als Hilfskonstruktion gegründet, damit die Lufthansa den angeschlagenen Konkurrenten Austrian Airlines übernehmen konnte. Nun dient sie erneut als Platzhalter für den Konzern, soll nach Darstellung einer Lufthansa-Sprecherin aber demnächst durch einen „eigenen österreichischen Kernaktionär“ für Eurowings ersetzt werden. Wer das sein wird, ist noch unklar. Einziger Begünstigter der ÖLP ist laut Stiftungsurkunde der Verband europäischer Fluggesellschaften mit Sitz in Brüssel. Ginge es nach dem Beteiligungsverhältnis, müsste dort auch gut die Hälfte der künftigen Eurowings-Gewinne landen. Eine Lufthansa-Sprecherin verneint das und erklärt, der überwiegende Anteil würde dem Konzern zufließen. did

Siemens Arbeiter- und Aktionärsklubs

Beim Münchner Siemens-Konzern werben demnächst gleich zwei Organisationen um die Gunst von Mitarbeitern, die Anteile an der eigenen Firma halten. Gewerk-

schaft und Arbeitnehmervertreter haben den Aktionärsverein „Wir für Siemens e. V.“ gegründet, unter anderem, weil es der Verein von Belegschaftsaktionären in der Siemens AG abgelehnt hatte, mit IG Metall und Gesamtbetriebsrat zu kooperieren. Ziel des neuen Vereins ist es, mög-

lichst schnell eine kritische Größe zu erreichen und zu einer Art Ankeraktionär bei dem Konzern aufzusteigen. Deshalb sollen auch Nicht-Siemensianer Mitglied werden können. Nach den Wünschen von Vorstandschef Joe Kaeser soll die Zahl der Arbeitnehmer mit Siemens-An-

teilen von derzeit gut 140 000 auf mehr als 200 000 Inhaber steigen. Dazu ist die Ausgabe von Gratisaktien angepeilt. Da Siemens keinen beherrschenden Großaktionär hat und die Papiere breit gestreut sind, ist die Firma anfälliger für Attacken von Hedgefonds als andere Unternehmen. did